

Fadegrad



von
Nina Fehr Düsel

Zensur und Täterschutz

Stadtrat Wolff schießt wieder den Vogel ab. Nach seiner Toleranz für Besetzer folgt nun Toleranz auch für andere und insbesondere ausländische Straftäter.

Denn ab sofort soll die Zürcher Stadtpolizei in Polizeimeldungen die Nationalität des Täters nicht mehr automatisch nennen, sondern nur noch auf Anfrage. Dies war Wolffs Antwort auf ein entsprechendes Postulat, mit dem er mit 72 zu 46 Stimmen vom Gemeinderat angewiesen wurde, einen Vorschlag für eine entsprechende Änderung auszuarbeiten. Die Bevormundung der Bürger wird damit auf die Spitze getrieben. Die Praxis zeigt: Viele Polizeikorps in der Schweiz vermelden die Staatszugehörigkeit von mutmasslichen Tätern. Auch die Konferenz der Kantonalen Polizeikommandanten (KKPKS) empfahl nach längerer Debatte die Nationalitäten-Nennung.

Nicht zuletzt auch die Kantonspolizei Zürich möchte an der bisherigen Praxis festhalten und die Nationalitäten weiterhin nennen. Sie orientierte sich dabei an der Empfehlung der KKPKS. Die Nationalität der Täterschaft ist eine wichtige Information, welche bei einer Meldung dazugehört.

Wenn die Medien nicht weiterhin nach der Nationalität fragen, müssen wir die Medienmitteilungen mit diesen wichtigen Informationen ergänzen können. Eines ist klar: Das Verschweigen der Nationalität schürt die Polemik und verstärkt den Unmut in der Bevölkerung. Bereits durch die Einbürgerungen wird verwässert, wie viele Ausländer bei gewissen Straftaten vorherrschend sind. Es braucht nun eine Volksabstimmung auf kantonaler Ebene.

Ein Vorbild ist beispielsweise der Kanton Solothurn, wo 2012 über 70 Prozent der Stimmbürger eine entsprechende Volksinitiative der SVP zur «Nennung der Nationalitäten in Meldungen der Polizei und der Justizbehörden» unterstützten. Auch gemäss einer kürzlichen Leserumfrage des Tagesanzeigers sind 80 Prozent klar dafür, die Nationalität des Täters zu nennen.

Für manche Verbrechen gibt es eine höhere Rate bei ausländischen Personen, und dies soll nicht unter den Teppich gewischt werden. Die SVP fordert hier klar Transparenz. Nun kommt bereits der neueste Streich von Wolff: Es wurden neueste Kriterien für Personenkontrollen definiert. Künftig müssen die Polizisten immer die Gründe für die Überprüfung angeben. Ein «Bauchgefühl» reicht nicht mehr. Fazit: Die Polizei und die Bürger werden durch unsere alternativen und rotgrünen Stadträte immer mehr bevormundet. Es scheint fast als gelte das Motto: Hauptsache dem Täter ist es wohl.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Pilotversuch für ein bedingungsloses Grundeinkommen

Die SP reichte vor einem Jahr eine Motion für ein bedingungsloses Grundeinkommen ein, der Stadtrat lehnt die Entgegennahme ab, ist aber bereit, das Anliegen als Postulat weiterzuverfolgen.



Heinz Schatt
Gemeinderat SVP
Zürich 12

Am 5. Juni 2016 haben die Schweizer Stimmbürger eine Volksinitiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen (bGE) wuchtig abgelehnt. 76,9 Prozent votierten mit Nein, die Stadt lehnte mit 63,45 Prozent deutlich ab. Nur in den Stadtkreisen 4+5 (Wahlkreis III) wurde die Initiative mit 54,69 Prozent angenommen. Nur AL und Grüne hatten die Ja-Parole ausgegeben. Dass die SP, die schweizweit mit allen bürgerlichen Parteien im Nein-Lager war, nun eine Motion für einen Pilotversuch mit einem bedingungslosen Grundeinkommen macht, zeigt einmal mehr deutlich, welche Grundüberzeugungen in der städtischen SP verfolgt werden: Überwindung des Kapitalismus und Einführung eines sozialen Wohlfahrtsstaates auf Kosten der noch arbeitenden Bevölkerung.

Ängste als Antrieb

Eine Motion ist das stärkste Mittel, das den Gemeinderäten zur Verfügung steht, da damit der Stadtrat verpflichtet werden kann, eine entsprechende Weisung vorzulegen, sofern die verlangte Massnahme in der Kompetenz der Gemeinde oder des Gemeinderates liegt.

Der Stadtrat weist die demokratische Legitimation für die Durchführung eines Pilotversuches mit einem bedingungslosen Grundeinkommen (bGE) aufgrund einer Zustimmung in einem einzigen Wahlkreis zurück. Auf diese Weise könnte jedes Abstimmungsresultat unterlaufen werden, indem der Wahlkreis nur eng genug gefasst würde. Weshalb sollte die ganze Stadt an einem Pilotversuch teilnehmen, der demokratisch abgestützt mit 2/3 der Stimmen abgelehnt wurde?

Die Motionäre befürchten, dass aufgrund der Digitalisierung und Automatisierung, unserer Gesellschaft ein existenzsicherndes Erwerbseinkommen in naher Zukunft nicht mehr möglich sei. Diese Ängste bestanden schon in der Industrialisierung als menschliche und tierische Arbeit durch Maschinenarbeit ersetzt wurde.

Diese Ängste sind heute auch in den Augen des Stadtrates verfrüht, darauf wurde auch am Tag der Digitalisierung mehrfach hingewiesen. Existenzsichernde Erwerbsarbeit wird auch in Zukunft von einer Mehrheit der Bevölkerung geleistet werden. Die Auszahlung eines bGE kann deshalb nicht begründet werden. Es ist viel sinnvoller, dass die sozialen Sicherungssysteme gezielt im Einzelfall eingesetzt werden und darauf ausgerichtet sind, die er-

werbsfähige Bevölkerung im Arbeitsmarkt zu integrieren.

Bürokratisches Monster

Gemeinderat Roberto Bertozzi (SVP) vertrat die Ablehnung der Motion und zeigte sich überzeugt, dass ein bGE falsche wirtschaftliche Anreize setzt und die Erwerbsquote reduzieren würde, was sich negativ auf die gesamte Volkswirtschaft in der Schweiz auswirken würde. Zudem schafft ein bGE ein bürokratisches Monster. Deshalb ist die SVP dezidiert gegen die Einführung eines bGE und lehnt deshalb auch einen Pilotversuch ab.

Ein bGE schafft nicht mehr Gerechtigkeit, wie es von den Befürwortern propagiert wird, sondern neue Ungerechtigkeit. Anders sieht es aus bei einem Recht auf Arbeit. Wer arbeiten

will, soll auch arbeiten können und für seinen Unterhalt sorgen können. Das ist der richtige Ansatz und dafür sollte man sich einsetzen.

Vorwahlgeplänkel

Dass die städtische SP noch weiter links steht als die schweizerische SP war wohl bekannt. Es geht aber auf die nächsten Wahlen im Frühjahr 2018 zu, da ist es offensichtlich opportun, die eigene Mutterpartei und die städtische AL links zu überholen. Man wird ja auch von den Jungparteien in diese Richtung getrieben.

Die Motionäre erklärten sich mit der Umwandlung der Motion in ein Postulat einverstanden und der Rat überwies das Postulat knapp mit den Stimmen von SP, Grünen und AL gegen die Stimmen von SVP, FDP, CVP und GLP mit 61 Ja gegen 59 Nein-Stimmen dem Stadtrat. Dieser hat nun 2 Jahre Zeit, einen Bericht vorzulegen.

SO STIMMEN SIE RICHTIG!

Volksabstimmung vom 26. November 2017

Vorlagen Stadt Zürich

1. Ausrichtung der Schulbehördenorganisation auf die schulische Integration und weitere Massnahmen zur Verbesserung der Führung im Schulwesen der Stadt Zürich, Änderung der Gemeindeordnung	Nein
2. Elektrizitätswerk der Stadt Zürich, Rahmenkredit von 200 Millionen Franken für den Bau von Anlagen des Geschäftsfelds Energielösungen	Nein
3. Alterszentrum Mathysweg, Quartier Albisrieden, Ersatzneubau, Objektkredit von 63,25 Millionen Franken	Ja
4. Schulanlage Hofacker, Quartier Hirslanden, Ersatzneubau eines Sekundarschulhauses mit Dreifachsporthalle sowie Ausbauten in den Hauptgebäuden, Objektkredit von 33,8 Millionen	Nein
5. Gegenvorschlag des Gemeinderats zur Volksinitiative «Nachhaltige und faire Ernährung», Änderung der Gemeindeordnung	Nein

SVP ZÜRICH 10

Kandidaten stellten sich dem Publikum vor

Die Kandidatinnen und Kandidaten der SVP Höngg/Wipkingen haben ihre Ideen und Vorstellungen über die Zukunft unserer Quartiere an einer Veranstaltung im Restaurant Grünwald präsentiert.

SVP. Die Gemeinderats-Kandidatinnen und -Kandidaten der SVP Höngg/Wipkingen stellten sich dem Publikum vor und referierten an der öffentlichen Veranstaltung zu ihren Spezialthemen. Die Gemeinderäte Christoph Marty und Johann Widmer referierten zu den Themen Finanzen, Verkehr und Sicherheit. Schulpflegerin Heidi Mathys präsentierte einen Abriss über die aktuelle Situation in den Schulen und die kommenden Änderungen im Schulpflege-

wesen. Bei der anschliessenden Diskussion kamen aktuelle Themen zur Sprache, insbesondere die zunehmende staatliche Bevormundung.

Die SVP 10 will die beiden Sitze im Gemeinderat halten und dabei den Wähleranteil steigern.

Es braucht mehr bürgerliche Politik in der Stadt Zürich: Zuverlässige, verlässliche, bürgerlich denkende Politikerinnen und Politiker gehören in den Gemeinderat.



Die Kandidaten der SVP 10 (von links): Daniel Räh, Jrene-Beatrix Rösl, Christoph Marty, Heidi Mathys, Martin Vetter und Johann Widmer.

MASSNAHMEN ZUR QUALITÄTSSICHERUNG DER POLIZEIARBEIT

Erneuter ideologischer Fehlentscheid von Stadtrat Richard Wolff

Die SVP lehnt die am Montag von Polizeivorsteher Richard Wolff vorgestellten Massnahmen zur Qualitätssicherung der Polizeiarbeit mit Nachdruck ab. Die ideologisch motivierten neuen Richtlinien schränken den Handlungsspielraum der Polizeibeamten unnötigerweise ein. Einmal mehr stellt der Polizeivorsteher damit den Täterschutz über den Schutz der Bevölkerung.

SVP. Ein von Polizeivorsteher Richard Wolff in Auftrag gegebenes Gutachten des Schweizerischen Kompetenzzentrums für Menschenrechte (SKMR) stellt der Zürcher Stadtpolizei ein gutes Zeugnis aus. Es kommt zum Schluss, dass in der Stadt Zürich keine systematischen rassistischen Polizeikontrollen stattfinden. Es könne aber auch nicht ausgeschlossen werden, dass Racial Profiling als Fehlverhalten Einzelner vorkommen kann.

Dieser Befund hat Stadtrat Wolff nun dazu bewogen, in einer Dienstanweisung einheitliche Standards für Personenkontrollen zu definieren: Demnach dürfe «das Bauchgefühl (die Erfahrung) der Polizistinnen und Polizisten allein» kein Kriterium mehr für eine Personenkontrolle sein.

Wenn Tatsachen verschleiert werden sollen

Dieser ideologische Entscheid beschränkt den Handlungsspielraum der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten und reduziert damit die Wirksamkeit der Polizeiarbeit. Polizisten müssen ihre Arbeitserfahrung in ihre tägliche Arbeit einfließen lassen können. Wenn zum Beispiel Delikte wie Dro-

genhandel oder Einbrüche etc. überproportional oft von einer bestimmten Bevölkerungsgruppe begangen werden, dann muss es der Polizei auch möglich sein, gezielt in diese Richtung zu ermitteln, d.h. auch vermehrt Angehörige dieser Bevölkerungsgruppe zu kontrollieren.

Wird dies untersagt, verschlechtert sich die Sicherheitslage in unserer Stadt. Wie bereits vor einer Woche, im Zusammenhang mit der Nennung der Nationalität von Straftätern, betreibt Richard Wolff wiederum eine ideologische Verschleierung der Tatsachen.

Der Polizeivorsteher desavouiert mit dem Entscheid einmal mehr sein eigenes Polizeikorps: Einerseits werden die Stadtzürcher Polizeibeamten pauschal unter Rassismusverdacht gestellt und andererseits wird ihnen aberkannt, aus ihrer tiefen Arbeitserfahrung heraus vernünftige und zielgerichtete Entscheidungen zu treffen.

Ausserdem stellt Richard Wolff den Schutz einzelner Minderheiten zum wiederholten Mal über den Schutz der gesamten Bevölkerung. Die Kuschelpolitik gegenüber den in vielen Fällen ausländischen Straftätern ist damit um ein Kapitel reicher.